

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: Carl Neuberger, Dresden 18. Tel. = Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz u. Kommerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz.



Er scheint an jedem Werktag.
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moss's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramez 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Klame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachläß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramez des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großrösrdorf, Bretnig, Hanswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbitzmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 244

Sonnabend, den 18. Oktober 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

Mittwoch, den 22. Oktober 1930
vormittags 1/9 Uhr
öffentliche Sitzung des **Bezirksausschusses**
in Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft. — Die Tagesordnung hängt im Dienstgebäude der Amtshauptmannschaft und in den Gemeinden mit über 1000 Einwohnern aus.

Amtshauptmannschaft Ramez, am 17. Oktober 1930

Das im Grundbuche für Niedersteina Blatt 39 auf den Namen des Steinarbeiters **Erich Oswin Kühne** in Niedersteina eingetragene Grundstück soll **den 12. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr**
an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 51,9 Nr. groß und nach dem Verkehrswert a uf 4188 RM geschätzt. — Die Brandversicherungssumme beträgt 4400 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 13. 3. 1921, S. 72). — Das Grundstück mit Garten und Feld liegt rechts der Dorfstraße an einem Seitenwege. Es besteht aus Wohngebäude mit Futterboden, Keller und 4 Anbauten sowie gewölblten Ställen, trägt die Ortslistennummer 8 und die Nummern 9a, 9b, 10 und 461 des Flurbuchs für Niedersteina.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamtes und der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet (Zimmer 6).

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 13. Januar 1930 verlautbarten Versteigerungstermins aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzugeben.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 15. Oktober 1930.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten **Gustav Adolf Halang**, Inhabers der unter der Firma F. A. Sedler betriebenen Färberei, Schürzen- und Wertschleiderfabrik in Bretnig Nr. 17 B wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Amtsgericht Pulsnitz, den 17. Oktober 1930.

Erregte Aussprache über das Regierungsprogramm

Der Reichsfinanzminister über die Finanzlage — Programmatische Erklärung der Nationalsozialisten — Begründung des deutschnationalen Mißtrauensantrages

Reichstagspräsident Lohse eröffnete die Reichstagsitzung am Freitag bereits um 10 Uhr. Ein Antrag der Volkskonservativen, den im alten Reichstag nicht mehr erledigten Antrag über die Schuldbuchforderungen der aus Polen vertriebenen Deutschen nunmehr zur abschließenden Debatte zu bringen, fand die Zustimmung des Hauses. Der Antrag wurde als letzter Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Haus beriet zunächst über

das Schuldentilgungsgesetz,

das auch die Ermächtigung zur Aufnahme des Ueberbrückungskredits enthält. Dr. Neubauer (Kom.) sprach der Regierung das schärfste Mißtrauen seiner Fraktion aus. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten,

als Dr. Neubauer den Vorwurf erhob, der nationalsozialistische Abgeordnete Feder habe vor dem Hitlerputsch auch Kapital ins Ausland verschoben.

Als Dr. Feder (Natf.) die Kommunisten des Novemberverbrechens beschuldigte, kam es zu erneuten Zusammenstoßen. Präsident Lohse stellte die Ordnung dadurch wieder her, daß er sowohl den Abgeordneten Feder wie den Abgeordneten Neubauer zur Ordnung rief. Abg. Feder nannte die Vorlage ein „Gesetz zur Erhöhung der Schulden“ und fragte die Regierung, wie sie denn diese Schulden tilgen wolle. Stehe man vor neuen Monopolen? Man öffne ein Loch, um ein anderes zuzustopfen. Die Regierung verdiene schärfstes Mißtrauen.

Dr. Quast (Dn.) ging in seiner Rede davon aus, daß in den letzten Monaten Hunderte von Millionen Gold nach Frankreich geflossen seien. Die Krise der Wirtschaft sei ein Sturmsignal erster Ordnung. Die deutschen Banken seien nicht in der Lage gewesen, dem Reichsfinanzminister aus eigenen Mitteln zu borgen, sondern sie hätten Rückendeckung bei der Reichsbank nehmen müssen.

Unter fast tumultartigen Szenen erklärte

Reichsfinanzminister Dietrich,

unser schwelbende Schuld habe im Herbst 1930 einschließlich der 126 Millionen Schaßanweisungen insgesamt 1673 Millionen Mark betragen. Der Ueberbrückungskredit von 450 Millionen sei abgedeckt. An dem Vorschuß der Banken in Höhe von 200 Millionen seien 100 Millionen zurückgezahlt. Abgedeckt seien auch die Auslandschulden von 210 Millionen.

Am 1. Oktober hätten wir also einen Bestand an laufenden Schulden von rund 1 Milliarde gehabt.

Infolge der Verluste an Steuereinnahmen und der Mehrausgaben für die Arbeitslosigkeit würden sich die Dinge so entwickeln, daß wir am 1. April nächsten Jahres wieder dastehen würden, wo wir am 1. April dieses Jahres standen. Unsere schwelbenden Schulden hätten sich nicht vermindert, auch wenn man den Ueberbrückungskredit mit 530 Millionen einrechne. Wir hatten zur Zeit 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, und die Regierung glaube, daß die Zahl im Februar auf 2,8 Millionen ansteigen würde, wurden ihm von der Rechten zugerufen, daß diese Summen ja nicht stimmen könnten.

Wenn wir in den nächsten drei Jahren die schwelbende Schuld abgedeckt hätten, werde das Reich außer den gesetzlich zugelassenen 500 Millionen Schaßwechseln ohne weitere schwelbende Schuld durchkommen.

Abgeordneter Keil (Soz.) erklärte unter starkem Widerspruch, daß die Sozialdemokratie immer für die Ordnung der Finanzen eingetreten sei. Die Sozialdemokratische Partei werde sich von keiner andern Partei vorschreiben lassen, wann sie dem Kabinett das Mißtrauen aussprechen wolle. Der Angriff der Rechten richtete sich auch gegen Preußen. Die Sozialdemokraten würden alles tun, um die republikanische Verfassung aufrechtzuerhalten. Der nationalsozialistische Antrag auf entschädigungslose Enteignung der Bank- und Börsenfürsten sei unsinnig. Die Sozialdemokratie behielte sich ihre Stellungnahme zum Finanzprogramm der Regierung vor. Gegen einige der Entwürfe, so gegen die Einschränkung der Bauwirtschaft und gegen die Maßnahmen bezüglich der Erwerbslosenfürsorge hätte sie schwerste Bedenken. Ein Teil der Notverordnungen, z. B. die Bestimmungen über die Krankenversicherung und über die Bürgerabgabe seien unerträglich. Der Redner verließ dann Altken aus dem Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages über die angelegte Kapitalverschlebung des nationalsozialistischen Abgeordneten Feder. Das betreffende Bankhaus habe mitgeteilt, daß es 40 000 Mark Aktien an einen Mittelsmann des Herrn Feder ausgeliefert habe. — Dr. Bang (Natf.) hob dem Finanzminister gegenüber hervor, daß sich die Regierung stets verrechnet habe. Diese Leute, die sich dauernd geküßelt hätten, hätten nicht das Recht, vom deutschen Volke Vertrauen zu verlangen.

Die sofortige Ueberweisung des Gesetzes an den Ausschuß wurde abgelehnt.

Bei der Abstimmung nahmen Regierungsparteien — ohne Landvolk — und Sozialdemokraten das Schuldentilgungsgesetz in zweiter Beratung an.

Der nationalsozialistische Antrag, die Ueberschrift „Gesetz zur Erhöhung der Schulden“ zu nennen, wurde gegen Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgelehnt. Verworfen wurde auch der deutschnationalen Antrag, von einem Gesetz „zur Deckung des Fehlbetrags im Haushalt“ zu sprechen. Dann erst ging die Vorlage an den Haushaltsausschuß. — Dem volkonservativen Antrag über die Schuldbuchforderungen der aus Polen vertriebenen Deutschen wurde in allen drei Lesungen zugestimmt.

Es begann

die Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung.

Sie wurde von dem Abgeordneten Müller-Franken (Soz.) eingeleitet, dem die Nationalsozialisten zuriefen: „Bringen Sie den goldenen Füllfederhalter von Versailles?“ Als Müller antwortete, er müsse bei diesen Juristen manchmal an eine Synagogenschule denken.

verließen die Nationalsozialisten und ein großer Teil der Deutschnationalen den Saal.

Müller erklärte, daß die Mißtrauensanträge gegen die Regierung nach der Annahme des Gesetzes über die Schuldenregelung eigentlich überflüssig seien. Ein gewisser Teil von Vertrauen müsse demnach also doch noch vorhanden sein. Gegen die Kapitalflucht müßten schärfste Bestimmungen erlassen werden. Die Nationalsozialisten hätten gesagt, sie wollten den Vertrag von Versailles aufgehoben und die Zahlungen eingestellt sehen, Hitler habe sich aber in einem Interview verpflichtet, die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands anzuerkennen. Das habe in der

ausländischen Presse, aber nicht im „Völkischen Beobachter“ gestanden. Erleichterungen der Reparationsverpflichtungen, so behauptete der Redner, seien nur möglich durch Verständigungspolitik.

Vizepräsident Sühr löste dann den Präsidenten Löbe im Präsidium ab

und erteilte dem Abg. Strasser (Natf.) das Wort. Der Redner hielt den Sozialdemokraten vor, was denn die Bilanz des 12jährigen Systems gewesen sei? Der Bauernstand sei verarmt, der deutsche Boden ausgefogen. Ein ausgerotteter zerstörter Mittelstand, ein Beamtentum, einst unbefriedigt, dem die Sozialdemokraten durch das System der Parteibeamteten das Leistungsprinzip genommen hätten. Eine zerstörte Industrie, ein zerrütteter Handel, eine Geldwirtschaft, die durch ihre Eug- und Erugwährung das Volk ins Verhängnis führe. Dieser Staat steuere das Volk immer tiefer in die Schuld der Knechtschaft hinein. „Was ist“, so rief der Redner aus, „aus dem Bismarck'schen Reich geworden? Es herrscht Bügelloßigkeit, Korruption und Verbrechen. Das ist die Bilanz der letzten zwölf Jahre unter sozialdemokratischer Herrschaft.“

Abgeordneter Strasser charakterisierte in der Fortsetzung seiner Rede

die Haltung der Nationalsozialistischen Partei zu Staat und Reich, zur Außen- und Innenpolitik.

Er erklärte, die Nationalsozialisten seien eine Parlamentspartei aus Zwang. Er wandte sich gegen Reaktion, gegen planlosen Umsturz und forderte eine neue Ordnung. Er verwarf die Klassenhege und trat für die Erhaltung der guten Kräfte ein. Er wünsche keine Judenverfolgung, sondern nur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben. Seine Partei wünsche keinen neuen Krieg, aber scheue auch einen Krieg nicht. Sie bekämpfe jede Konfessionshege, sage dagegen ihre Mitwirkung an der Erneuerung der deutschen Kultur zu. Sie bekämpfe die Kriegsschuldfrage. Aufzürten sei sinnlos, dagegen müßten die anderen Völker die alten beschworenen Verpflichtungen erfüllen und abrüsten. Wenn sie das nicht täten, müsse sich das deutsche Volk schützen. Der Vertrag von Versailles sei unsittlich und nichtig.

Die Verfassung des Reiches und der Länder werde von den Nationalsozialisten geachtet.

Die Verfassungen müßten allerdings sittlich sein. Kapitalismus und Marxismus hätten das deutsche Volk vor das ungeheuerliche Problem gestellt, eine Milliardenlast zu verzinsen. Das sei nur möglich bei einer Neuordnung der Geldwirtschaft und allgemeiner Arbeitsdienstpflcht. Die nationalsozialistische Partei verlange Hilfe für die Landwirtschaft, ein ehrliches Währungssystem, die Schul- und Wehrpflicht. Sie bekämpfe es, daß in Preußen Revolutionshiebe führende Stellen einnahmen. Sie bekämpfe den Bau von Millionepalästen für die Krankentassen und die Zehntausende sozialdemokratischer Faulenzer, die sich darin befänden.

Das Kabinett Brüning wolle sanieren, um zu erfüllen. Deshalb bringe ihm die Nationalsozialistische Partei schärfstes Mißtrauen entgegen. Sie bekämpfe auch die personelle Zusammenfassung. Ein Don Quichotte wie Wirth, ein ideenloser Außenpolitiker wie Curtius und ein Wehrminister ohne nationalen Befreiungswillen wie Groener, seien für die Nationalsozialisten untragbar. Groener werde seine Tätigkeit sonst im Sinne des Betrugs fortsetzen, wie er ihn im Ulmer Offiziersprozeß begonnen habe.

Reichskanzler Brüning verließ bei diesen Worten den Saal.

Der preußische Ministerpräsident Braun sei, durch seine Angst um die Futterkrippe wie ein Kaninchen hypnotisiert worden. Die Zeit sei nicht mehr fern, in der man das Republikstüchlein gegen

